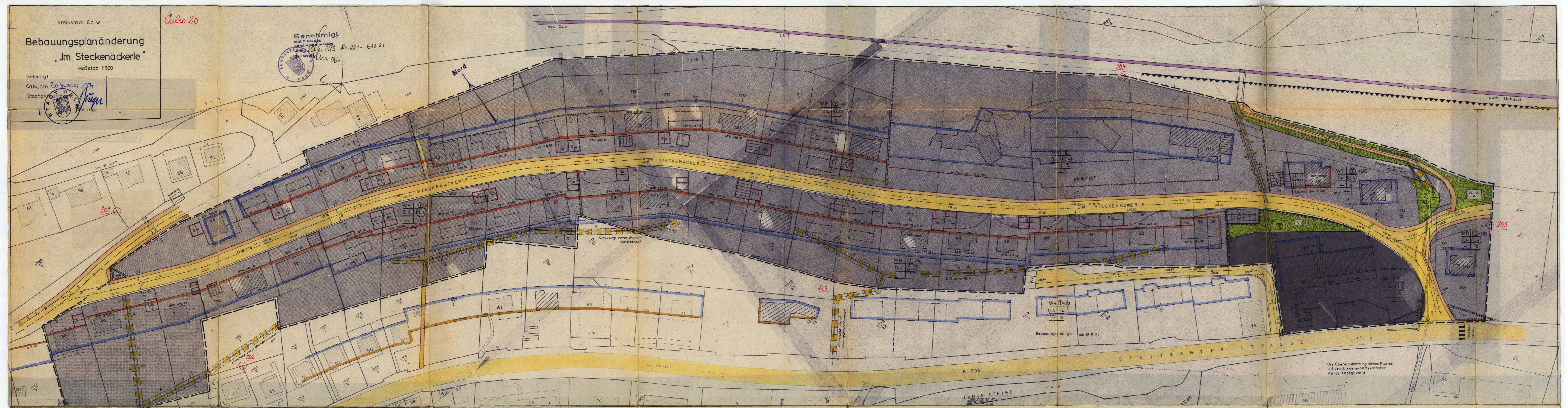


Kreisstadt Calw
Bebauungsplanänderung
„Im Steckenackerle“
Maßstab 1:500
Gefertigt
Calw, den 20. August 1972
Stadtplanungsamt

Calw 20

Genehmigt
19.6.1972 Nr. 221-612.21
Ld. 1972
Calw



Kreisstadt Calw
Bebauungsplanänderung
„Im Steckenackerle I“, OV 174

1. Aufstellungsverfahren:
1. Dieser Plan samt den zugehörigen örtlichen Bauvorschriften wurde gem. § 2 (1) BauG, v. 23.6.1960 und § 111 der LBO Baden-Württemberg vom 6.4.1964 durch Beschluss des Gemeinderates der Stadt Calw vom 14.11.1971 aufgestellt.
2. Die Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 2 Abs. 3 BauG, in der Zeit vom 24.11.1972 bis 14.12.1972, öffentlich ausgestellt.
3. Die Auslegung des Bebauungsplanentwurfs wurde am 14.12.1972 öffentlich bekannt gemacht.
4. Dieser Plan hat gem. § 2 (6) BauG, in der Zeit vom 24.12.1972 bis 24.11.1973, öffentlich ausgestellt. Die abgegebenen Äußerungen und deren Abwägung ergeben sich aus den Urteilen.

5. Der Plan wurde gem. § 10 BauG und § 111 LBO in Verbindung mit § 2 (1) BauG für Baden-Württemberg vom 25.7.1955 vom Gemeinderat am 20.11.1972 als Satzung beschlossen.
6. Der Bebauungsplan besteht aus folgenden Anlagen, die Bestandteil der Satzung sind:
a) Karte 1:500 vom 21.4.1971
b) Regelschnitt 1:150
c) Standortentwicklung 1:1200
d) Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan.
Ausserdem ist eine Begründung beigelegt, vergl. § 3 Abs. 5 BauG. (siehe besondere Anlage)

7. Dieser Plan wurde gem. § 11 BauG und § 111 LBO von Baden-Württemberg durch das Gesetz vom 24.11.1972 öffentlich ausgestellt.
8. Die Genehmigung dieses Planes, sowie Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung wurde gem. § 12 BauG, am 20.11.1972, öffentlich bekannt gemacht.

Beurkundung:
Calw, den 20. August 1972
Bürgermeister:

Kreisstadt Calw
Bebauungsplanänderung
„Im Steckenackerle I“, OV 174

1) Planungsrechtliche Festsetzungen:
1.1 Art und Maß der baulichen Nutzung:
(§ 1 Abs. 2, Ziffer 2 BauVO, § 9 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a BauG, sowie §§ 16-20 und 21 BauVO.)
Ergeben sich aus den in der Karte zum Bebauungsplan durch Zeichnung, Farbe, Schrift oder Text getroffenen Festsetzungen:
1.2 Bauweise:
(§ 22 Abs. 1 und 2 BauVO) - offene Bauweise.
1.3 Stellung der Gebäude:
Ergibt sich eindeutig aus der Karte zum Bebauungsplan.
1.4 Überbaubare Grundstücksflächen:
(§ 23 Abs. 5 BauVO)
Ausser den in dem § 3 (2) BauVO genannten Anlagen sind auch untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen zulässig, soweit sie dem Nutzungszweck der innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gelegenen Grundstücke entsprechen.
1.5 Stellplätze und Garagen für Kraftfahrzeuge:
(§ 12 BauVO)
Die Stellung der Garagen und Stellplätze ergeben sich aus den in der Karte zum Bebauungsplan eingetragenen Festsetzungen.
1.6 Sockelhöhen:
Die Sockelhöhen (Erdschüttungsbodenhöhen) sind in der Karte zum Bebauungsplan verbindlich für jedes Gebäude, ausgenommen Garagen, festgelegt.

2) Hinweis: Satzung zur Änderung über die Zulassung von Nebengebäuden außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen vom 15.06.1974

2) Bauvorschriften
Örtliche Bauvorschriften:
(§§ 3 und 11 LBO)
§§ 13, 14 und 15 LBO

3) Öffentliche Bauvorschriften:
gem. §§ 3 und 11 LBO

2.12 Dachform-Dachneigung:
a) Hauptgebäude: Die Gebäude sind mit Satteldächern zu versehen. Die jeweilige Dachneigung ergibt sich aus den Festsetzungen in der Karte zum Bebauungsplan.
b) Garagen: Soweit Garagen bergseitig in den Hang eingebaut werden, sind sie mit einem Flachdach zu versehen. Dies gilt auch für die teilweise eingebauten Garagen, wobei jedoch bei diesen gestattet wird, daß das Garagendach als Flachdach ausgebildet werden kann.

2.13 Einfriedungen:
Bergseitig sind Stützmauern bis max. 2,5 m anzubringen, wobei die Sichtflächen einheitlich mit Buntsandstein oder ähnlichem Material zu verkleiden sind, ausgenommen von dieser Regelung sind die in die Stützmauern eingebauten Garagen.
Talseitig sind Zäune oder Scherenzäune vorzuziehen, die Höhe wird auf max. 1,25 m beschränkt. Gemauerte Zwischenpfeiler aus Buntsandstein oder gleichwertigem Material können angebracht werden.

2.14 Sockelhöhen:
Diese sind gem. § 15 LBO aufgrund der Geländeverhältnisse und Erschließungsanlagen in der Karte zum Bebauungsplan verbindlich für jedes Gebäude festgelegt.

4) Erschließung, Versorgung, Entsorgung:
4.1 Erschließung:
Der OV 174 ist versichert.
Pro Gebäude ist nur eine Antenne zulässig. Jedes Gebäude, das mit einer Antenne ausgestattet ist, ist eine Zentralanlage zu versehen.

4.2 Versorgung:
Das ausgewiesene Gebiet ist voll erschlossen. Im Bereich der Erschließungsanlagen sind die natürlichen Geländebedingungen zu berücksichtigen.

4.3 Entsorgung:
Die Abfälle sind in die dafür vorgesehenen Behälter zu entsorgen. Die Abfälle sind in die dafür vorgesehenen Behälter zu entsorgen.

4.4 Versorgung:
Für diesen Plan und seine Festsetzungen gilt die Bauordnungsverordnung 1963 (Bundesgesetzblatt I, Seite 1237, bzw. 1969, S. 11).

Beschlossen vom Gemeinderat der Kreisstadt Calw
am 30.11.1972
Bürgermeister:

Die Festsetzungen unter Ziff. 1.4, 1.5, 1.6, Ziff. 2 Überschrift, Ziff. 2.1, 2.2, Ziff. 2.3 Überschrift, Ziff. 2.4, Ziff. 3 Überschrift, 3.1 Überschrift, 3.2, Ziff. 3.3 Überschrift, 3.4 Überschrift und Satz 2, Ziff. 4, 4.1, 4.2 wurden berichtigt bzw. gestrichen auf Genehmigungserlass des Landratsamts Calw vom 20. Juni 1973

0010-028

Zeichenerklärung

Nutzungsschablone	
Bau- gebiet	Zahl der Vollgeschosse
Grund- fläche	Geschoss- höhe
Bauweise	Bauweise
offener Bau	

WR Reines Wohngebiet
MI Mischgebiet

1. Zahl der Vollgeschosse
2. Zahl der Vollgeschosse
Höchstgrenze

3. Erdgeschosshöhe

4. Sockelhöhe
DN = Dachneigung
UG = Untergeschoss

5. Wasserversorgung
6. Kanalisation
7. Stellplätze

8. Verkehrsfläche
Verkehrsmittel
Verkehrsmittel
Verkehrsmittel

9. Grünfläche
Parkplätze

10. Sichtfeld
mit Nutzung
-bedeutung